**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 79 (1985)
**Heft:** 10

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : das Elend des politischen Katholizismus

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 16.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

*Willy Spieler*

# Zeichen der Zeit

## Das Elend des politischen Katholizismus

Es steht nicht gut um die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP). Ihre Delegiertenversammlung vom 30./31. August in Genf wie zuvor schon ein 60seitiger Bericht der «Projektgruppe zur Lage der Partei» brachten es an den Tag: Der politische Katholizismus, der sich in dieser Partei organisiert hat, bangt um seine Macht. Ob der befürchtete Schwund der Wählerbasis nicht auch eine Chance für das «Christliche» sein könnte, das man zu vertreten vorgibt, wird gar nicht erst gefragt. Gesucht sind nicht Vordenker, die sich dieser Frage stellen könnten, sondern Strategen, die den Schaden in Grenzen halten. Vordenker wären in der CVP auch kaum mehr zu finden. Politische Theorie aus christlicher Verantwortung – von der politischen Theologie bis zur Theologie der Befreiung – ist längst neue Wege gegangen, die in Richtung Sozialismus weisen und daher der «christlichen» Blockbildung und Etikettierung nicht mehr bedürfen. Sie zieht mit Ernst Bloch die Lehre aus Geschichte und Theologie: «Zu hohes C gehört nicht dem und zu dem, den es zu vertreten vorgegeben hat.»[1]

### Die Erosion der Wählerbasis

Die CVP verfügt zwar seit 1919 über einen erstaunlich konstanten Wähleranteil von etwa 21 Prozent. Doch schon der geringfügige Verlust von 0,9 Prozent Wählerstimmen und zwei Nationalratsmandaten bei den letzten eidgenössischen Wahlen im Herbst 1983 wurde als Symptom einer tiefergreifenden Krise empfunden. Eine konservative Partei wie die CVP hätte ja eigentlich von der «Tendenzwende» profitieren und neue Wähler hinzugewinnen müssen. Statt dessen wirkte sich die reaktionäre Grosswetterlage zugunsten des freisinnigen Seniorpartners aus, von dem die CVP sich kaum unterscheidet, ausser dass sie zu seinem Wirtschaftsliberalismus auch noch das Weihrauchfass schwingt.

Gewichtige Indikatoren zeigen nach unten:

– Der politische Katholizismus ist in einem gewissen Sinn das Opfer seines «Erfolgs». Durch die Beseitigung der Jesuiten- und Klosterartikel in der Bundesverfassung einerseits und durch die staatliche Anerkennung der katholischen Kirche in den meisten reformierten Kantonen andererseits hat sich der katholische Volksteil so weit in die Eidgenossenschaft integriert, dass die Weiterexistenz einer besonderen «Katholikenpartei» als Anachronismus erscheint. Mit dem Ende der tatsächlichen oder vermeintlichen Diskriminierung der Katholiken entfällt ein entscheidender Faktor der politischen Mobilisierung zugunsten der «eigenen» Partei.

– Es ist der CVP nicht gelungen, dieses Erscheinungsbild einer «Katholikenpartei» loszuwerden. Die Anteile ihrer reformierten Wähler und Parteimitglieder beschränken sich auf je etwa fünf Prozent. Vergeblich sucht man reformierte Mandatsinhaber in den höchsten Ämtern der Landespartei.

– Auch auf die bisherige Wählerbasis ist langfristig kein Verlass. Die Zahl der katholischen Kirchgänger, die das konstante Wählerreservoir der CVP bilden, wird immer geringer. Der Milieukatholizis-

mus mit seinen Vereinen, Zeitungen und sozialen Institutionen löst sich allmählich auf. Zwischen 1967 und 1983 mussten in der Schweiz nicht weniger als 134 katholische Bildungsinstitute ihre Tore schliessen (vgl. «Civitas» 1985, Nr. 9/10, S. 228). Von den nachkonziliaren Auseinandersetzungen, die zu einer Erosion der Dogmengläubigkeit und Kirchendisziplin geführt haben, konnte auch der politische Katholizismus nicht verschont bleiben.

– Weil die CVP eine (interklassistische) «Volkspartei» bildet, ist sie unter den Bedingungen eines härteren Verteilungskampfes zusätzlichen Zerreissproben ausgesetzt. Es kommt zu Flügelbildungen, in denen sich die Anfänge eines neuen Klassenkonfliktes widerspiegeln: von der «Christlichsozialen Parteigruppe» der gewerkschaftlich orientierten Mitglieder bis zur rechtsbürgerlichen «Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft», ja bis zum klerikalfaschistischen «Mouvement conservateur valaisan». Angesichts der absehbaren oder schon eingetretenen Polarisierung in ihren Reihen ist es der CVP nicht mehr möglich, mit einem attraktiven Eigenprofil vor den Wähler zu treten oder gar die neuen sozialen Bewegungen (Frauen-, Friedens-, Umweltbewegung) anzusprechen.

– Bereits macht sich ein sog. Agglomerationsdefizit bemerkbar: In den bevölkerungsreichsten Kantonen Zürich, Bern und Waadt ist der Wähleranteil der CVP unter die Zehn-Prozent-Marke gesunken. Die CVP sieht sich auf eine «Partei der Stammlande», d.h. der Sonderbundskantone und einzelner Regionen in ehemaligen Paritäts- und Kulturkampfkantonen, zurückgeworfen. Was sie hier repräsentiert, ist eine Wählerschaft aus den bäuerlichen, handwerklichen und gewerblichen Berufsschichten, die durch den wirtschaftlichen Strukturwandel an Bedeutung verlieren. Wie aus einer Umfrage von Isopublic zuhanden der erwähnten «Projektgruppe» hervorgeht, sehen sich die CVP-Wähler schon heute «als rechtsstehender an als die FDP-Anhänger». Die «Marginalisierung» der CVP am rechten Rand des Parteienspektrums ist damit wohl unausweichlich geworden.

Der Parteitag der CVP hat diese Fakten und Tendenzen aber nicht als «Zeichen der Zeit» erfahren, sondern sie wie eine «Marktanalyse» debattiert, auf deren Grundlage neue «Marktstrategien» zu entwickeln wären. Ändern soll sich das Erscheinungsbild der Partei, nicht diese selbst. Die allgemeine Ratlosigkeit findet ihren Niederschlag in der Bildung neuer Kommissionen und Parteigremien, in der Forderung nach «Professionalisierung» der Parteiarbeit und im Ruf nach verstärkter Präsenz in den Medien. Einzig der Präsident der Berner CVP machte einen Vorschlag, der über blosse Parteikosmetik hinauswies: Er dachte laut nach über eine gesamtschweizerische Fusion der CVP mit der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Der Zusammenschluss brächte eine homogene Vertretung kleinbürgerlicher Interessen, zusätzliche Wähler in den Agglomerationen und erst noch die Lösung der «Protestantenfrage». Fragt sich nur, wie dieser Zusammenschluss sich auch noch unter der Etikette von «hohem C» verkaufen liesse.

### Das verdrängte Ende des Konstantinischen Zeitalters

Vor lauter Strategiedebatten übersieht und verdrängt die CVP, dass sie das Überbleibsel eines politischen Katholizismus ist, der heute immer mehr als tragische Fehlentwicklung der Kirchengeschichte erkannt wird. Hinter dieser Fehlentwicklung stand und steht der Wille der Amtskirche, ihre Normen und ihren Wahrheitsanspruch mit den Gewaltmitteln des Staates durchzusetzen. In der Abstimmungskampagne für die Initiative «Recht auf Leben» hat sich gezeigt, wie sehr die CVP noch von solchen Verhaltensmustern eines längst überholt geglaubten Klerikalismus geprägt ist.

Katholische Parteien bilden das letzte Stadium des Konstantinischen Zeitalters, das mit der «Wende» des Jahres 313 begann und mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil endete.[2] Während dieses Zeitraums von mehr als 1600 Jahren vertrat das kirchliche Lehramt die Auffassung, nur die katholische Wahrheit habe ein «Recht auf Dasein» und nur die eine, katholische Staatsreligion entspreche dem «Gemeinwohl». In einem ersten Stadium fand diese amtskirchlich verkündigte Intoleranz ihren «weltlichen Arm» (brachium saeculare) im «christlich» gewordenen Kaiser und seinem Reich (Sacrum Imperium). Nach der Reformation konzentrierte sie sich notgedrungen auf die katholisch regierten Staaten, wie auch die Kompromissformel des Augsburger Religionsfriedens von 1555 («Cuius regio, eius religio») zeigte. Noch die Sonderbundskantone in der Schweiz des letzten Jahrhunderts verstanden sich als «Corpus catholicum», das sie gegenüber der Säkularisierung des Staates durch die revolutionäre Bourgeoisie mit allen Mitteln, selbst mit bewaffneter Gewalt, verteidigen wollten. Als jedoch auch diese Bastionen des Staatskatholizismus dem weltanschaulich neutralen Rechtsstaat weichen mussten, sah sich die Kirche nach einer weiteren, der letzten Rückzugsposition um und fand sie in der Gründung katholischer Parteien. Der Parteikatholizismus sollte nunmehr am kirchlichen Einfluss auf das öffentliche Leben retten, was noch zu retten war.

Erst durch die Konzilserklärung «Über die Religionsfreiheit» vom 7. Dezember 1965 wurde dieser politische Katholizismus endgültig abgeschrieben und als Irrweg der Kirche erkannt. Das Recht auf die freie Ausübung einer Religion gründet sich nicht mehr auf deren «Wahrheit», sondern «auf die Würde der menschlichen Person selbst». Der Staat hört auf, Glaubensstaat zu sein, und wird auf das «zeitliche Gemeinwohl» beschränkt. Er hat sich jeder Aussage über den letzten Sinn von Mensch, Welt und Geschichte zu enthalten, nicht aus Geringschätzung gegenüber dieser Sinnfrage, sondern weil er für die Antwort nicht zuständig ist.

Hat der «christliche» Staat aber aufgehört, eine christliche Forderung zu sein, so nicht weniger die «christliche» Partei. Denn eine «christliche» Partei ergibt ja nur dann einen Sinn, wenn sie den «christlichen» Staat will (so wie eine liberale Partei den liberalen, eine sozialistische Partei den sozialistischen Staat anstrebt). Die Nachfahren des politischen Katholizismus sind jedoch ausserstande, diesen Schluss von der Säkularisierung des Staates auf die Säkularisierung der Parteien zu ziehen. Dabei hat kein geringerer als Papst Paul VI. in seinem Apostolischen Schreiben Octogesima Adveniens vom 14. Mai 1971 die Auseinandersetzung um letzte Wahrheiten ausdrücklich nicht den politischen Parteien, sondern den «kulturellen und religiösen Gemeinschaften» zugeordnet. Was den Nestor der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, damals zur Bemerkung veranlasste, der Papst habe die politischen Parteien «entmythologisiert» und «säkularisiert», «wie sie das in den angelsächsischen Ländern von jeher waren».[3]

Die «christliche» Partei setzt sich aber nicht nur in Gegensatz zur «Weltlichkeit der Welt» (J.B. Metz) – und zur Weltlichkeit des Reiches Gottes! –, sie diskriminiert mit ihrem Anspruch auch alle Nichtchristen, im Fall einer Katholikenpartei schon alle Nichtkatholiken und «dissidenten» Katholiken. Oder ist es etwa keine Herabsetzung politisch andersdenkender Christen, wenn der Informationsbeauftragte des Bistums Chur (!) an einem Pressegespräch der kantonalzürcherischen CVP (!) sagt: «Wo christliche Parteien bestehen, haben Christen die Gewissenspflicht, deren *Grundsätze* zu unterstützen» (TA, 7. Januar 1984)? Die Intoleranz ist unvermeidlich, wenn im Vorletzten, das der Ort der politi-

schen Auseinandersetzung sein muss, eine letzte Wahrheit zum Massstab des Politischen erhoben wird.

### Das «hohe C» als Verstoss gegen den Geist der Demokratie, als Leerformel und als Rechtfertigung des Bestehenden

Obschon die Christen und ihre Kirchen über keinen Spezialschlüssel zur Lösung politischer Probleme verfügen, sucht die CVP den gegenteiligen Anschein zu erwecken, und sie gefällt sich dabei in der Pose eines geradezu widerchristlichen Triumphalismus. Die CVP-Politiker räumen zwar ein, dass es auch in andern Parteien «gute Christen» gebe. Doch diesem Eingeständnis folgt auf der Stelle das grosse «Aber»: «Aber Garantie, dass Partei und Fraktion ihre ganze Politik aus einem christlichen Verständnis des Menschen gestalten, gibt Ihnen nur die CVP», erklärte zum Beispiel Arnold Koller als Präsident der CVP-Fraktion der Bundesversammlung am letzten Wahlparteitag (NZN, 14. Oktober 1983).

Zwangsläufig muss eine Partei, die sich «christlich» nennt, immer wieder vorgeben, die andern Parteien an «Christlichkeit» zu übertreffen. Das fällt ihr um so leichter, als die laizistischen Parteien (vom Freisinn bis zur Sozialdemokratie) mit dieser «Christlichkeit» nicht konkurrieren können und wollen. Eigentlich brauchte es diese andern Parteien gar nicht mehr. Die glücklichen Besitzer der «christlichen» Wahrheit könnten unter sich bleiben und unbehelligt von demokratischer Konkurrenz den Staat regieren.

So undemokratisch möchte die CVP sich denn doch nicht darstellen (obschon sie im Kanton Appenzell Innerrhoden und in andern ländlichen Regionen tatsächlich die einzige Partei ist). Gegen den Geist des demokratischen Staates verstösst ihr «christlicher» Anspruch aber trotzdem. Was dieser Anspruch nämlich bewirken soll und – unter der stillschweigenden Komplizenschaft der kirchlichen Hierarchie in der Schweiz – auch tatsächlich bewirkt, ist eine massive Manipulation des katholischen Wählergewissens. Die demokratische Auseinandersetzung soll nicht mehr dem «zeitlichen Gemeinwohl» gelten: den innerweltlichen Gerechtigkeitsvorstellungen der Parteiprogramme, den bisher erbrachten Leistungen der Parteien und der menschlichen Glaubwürdigkeit der Politiker; die Wahlen und zum Teil auch die Abstimmungen werden vielmehr zum Bekenntnis für die «christliche» Weltanschauung bzw. die «christliche» Weltanschauungspartei umfunktioniert. Der Stimmbürger soll sich nicht nach menschen- und sachgerechten Überlegungen für eine politische Partei entscheiden, sondern aufgrund «letzter» Wahrheiten, die nicht mehr politischer Natur sind und sich daher der demokratischen Auseinandersetzung – als nicht abstimmbar – entziehen müssten.

Aus den «letzten» Wahrheiten der CVP folgt denn auch per saldo nur eine besitzbürgerliche, aber gewiss keine spezifisch christliche Politik. Die gibt es ohnehin so wenig als eine spezifisch christliche Sozialethik. Was wir «christliche» Forderungen an die Politik nennen, das sind immer zugleich allgemeinmenschliche Forderungen und als solche dem Nichtchristen so gut und vielleicht noch besser erkennbar als dem Christen (letzteres vor allem in Situationen des Klassenkampfes, wenn einer «christlich» firmierenden Bourgeoisie ein mehr oder weniger «atheistisches» Proletariat gegenübersteht). Edward Schillebeeckx hat einmal gesagt, es sei «in der Tat riskant, diesem oder jenem Unternehmen unbedingt ein christliches Etikett aufkleben zu wollen». Und: «Worauf es im wesentlichen ankommt, ist, dass man gemeinsam aus dieser Welt etwas Besseres macht; dass Gläubige wie Nichtgläubige gemeinsam eine gerechte und brüderliche Gesellschaft aufbauen» («Publik», 30. Januar 1970). Das wiederum ist nur in Parteien möglich, die sich nicht als

«politische Kirchen» verstehen, sondern die der Weltlichkeit des politischen Auftrags verpflichtet sind.[4]

In seinem politischen Gehalt ist das «hohe C» völlig inhaltsleer. Unter wortreichen Verschleierungskünsten geben das auch die CVP-Strategen zu, indem sie, wie z.B. der Präsident der erwähnten «Projektgruppe» an der letzten Delegiertenversammlung, sagen, «die Berufung auf eine christlich geprägte weltanschauliche Basis sei unabdingbar und solle sogar noch verstärkt werden, auch wenn es weder für die Kirche noch für eine christliche Partei eindeutige und konsistente Handlungsanweisungen daraus abzuleiten gebe» (nach NZZ, 21. August/1. September). Das «hohe C» ist in der Tat so wenig «eindeutig und konsistent» wie die Beliebigkeit der Interessen, die es ideologisch abdecken muss. Dank seiner Unbestimmtheit ist es beliebig bestimmbar: vom linken bis zum ganz rechten Parteiflügel. Sie alle können sich auf eine «christliche Grundhaltung» berufen, ob sie nun für oder gegen die Mitbestimmung, den Bau von Atomkraftwerken, die weitere Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Waffenausfuhr oder den zivilen Ersatzdienst sind. (Nur wer für die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs oder – schlimmer noch – für die Trennung von Kirche und Staat eintritt, der bleibt den Parteitagen besser fern.) Das «hohe C» erweist sich so als eine Leerformel, die jedem gibt, was er für «christlich» hält, als «Nacht, in der alle Kühe schwarz sind».

Es ist ja auch nicht die Funktion des «hohen C», eine inhaltliche Richtschnur für das Gemeinwohl abzugeben. Das «hohe C» ist vielmehr das Kürzel für einen Gefühlswert, der die Gewerkschafter, Unternehmer, Gewerbler und Bauern in ein und derselben Partei zusammenhält. Dieses emotionale Band erfüllt nicht zuletzt die Aufgabe, den katholischen Teil der Arbeitnehmerschaft bei der – bürgerlichen – Stange zu halten. Seit die Bischöfe um die Jahrhundertwende die katholischen Arbeiter verpflichteten, eigene «christliche» Gewerkschaften zu gründen und ja keiner sozialistischen Partei beizutreten, hat «hohes C» dazu gedient, die Arbeiterbewegung zu spalten und den «Klassenkampf von oben» zu legitimieren. Das ist wiederum nicht die inhaltliche Konsequenz des «hohen C» – eine Leerformel hat keine inhaltlichen Konsequenzen –, sondern Ausdruck der Mehrheitsverhältnisse in einer verbürgerlichten Kirche und in einer alles in allem sehr bürgerlichen Partei.

Die CVP täte gut daran, etwas weniger über die strategischen Bedingungen ihrer Existenz und dafür etwas mehr über die sozialethischen Grundlagen einer echten demokratischen Partei nachzudenken, etwas weniger sich auf die Leerformel von «hohem C» einzubilden und dafür etwas mehr sich der Kritik am politischen Missbrauch des Christlichen zu stellen. Dabei sollte sie auch nicht ganz überhören, mit welcher prophetischen Schärfe ein Leonhard Ragaz sich dagegen verwahrt hat, «dass die Sache Christi zur *Sanktion* der Welt wird, dass man, sie missbrauchend, damit die Ungerechtigkeit der Welt rechtfertigt, womit sie dann wieder Salz wird, aber im übelsten Sinne,. . . nämlich ein stärkeres Präservativ des *Bösen,* das durch einen ‚christlichen' Zusatz fester wird und sich besser gegen den Angriff des Gewissens halten kann – dass die Botschaft ihre ‚Spitze' nicht gegen die Welt richtet, sondern gegen Gott»[5].

1 Atheismus im Christentum, Frankfurt am Main 1968, S. 33.
2 Vgl. Rudolf Hernegger, Macht ohne Auftrag, Olten und Freiburg im Breisgau 1963.
3 Einleitung zu «Octogesima Adveniens», Trier 1971, S. 7.
4 Vgl. SP und Disputation '84, in: NW 1985, S. 48ff.
5 Die Bergpredigt Jesu, Hamburg 1971 (Neudruck), S. 31.